

Forum Mitteleuropa

beim Sächsischen Landtag



Reden

„Mitteleuropa darf sich nicht entzweien“

**Rede des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler
zur Konferenz „Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“
am 21. September 2015 in Klosterneuburg**

(Anrede)

Ich danke Herrn Landtagspräsidenten Hans Penz und Herrn Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager recht herzlich für ihre Worte. Sicherlich ist es nicht zu spät, Herr Bürgermeister, wenn ich Ihnen zu Ihrem gestrigen Geburtstag noch meine besten Glückwünsche übermittle.

Ein weiteres Jubiläum steht in wenigen Tagen an. Vor ziemlich genau vier Jahren entstand in Dresden das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“. Im seinem Gründungsdokument heißt es unter anderem: „Vor uns in Europa liegen große Aufgaben, aber auch vielfältige Chancen.“ Wir alle waren uns damals der guten Möglichkeiten bewusst, aus dem Herzen Europas heraus Impulse für ein stärkeres Miteinander in der Europäischen Union zu geben – Impulse für eine freiheitliche Bürgergesellschaft, die sich solidarisch zeigt, Impulse für lebendige mitteleuropäische Traditionen sowie Impulse für gelebte europäische Werte in einem Mitteleuropa, das intensiv kooperiert. Und ich meine, wir haben dies seither getan.

Indes konnten wir im Jahr 2011 die Dimension der heutigen außen- und innenpolitischen Aufgaben Europas allenfalls vage erahnen. Mit dem 2014 aufgebrochenen militärischen Konflikt zwischen der Ukraine und den von Russland unterstützten Separatisten im Osten des Landes, dem nunmehr seit vier Jahren tobenden Bürgerkrieg in Syrien und dem Wüten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ sind großes menschliches Leid und unbändige Gewalt an unsere Peripherien herangerückt. Der sogenannte „Arabische Frühling“ in den Ländern des südlichen Mittelmeers hat in vielen Fällen Destabilisierung hinterlassen. Europa spürt dies, Deutschland spürt dies – deutlich.

Hinzu kommen beispiellose innere Herausforderungen für Europa. Lassen Sie mich davon drei nennen: (1) die fortgehende griechische Staatskrise, (2) das angekündigte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU und (3) – wohl für uns alle am unmittelbarsten – die stetig wachsenden Flüchtlings- und Migrationsströme aus den destabilisierten Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas; aber auch aus europäischen Ländern, in denen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse prekär und Rechtsstaat und Demokratie defekt sind.

Es ist daher berechtigt, wenn wir zu unserer vierten Konferenz die zentrale Frage aufwerfen: „Quo vadis Mitteleuropa?“. Die Entscheidung, hinter die

Aussage „Stabilität und Krise“ ein Fragezeichen zu setzen, war den Kuratoren wichtig; sagt dieses Fragezeichen doch etwas aus über die Ambivalenz, mit der viele Menschen Mitteleuropa heute beurteilen: Stabilität und Krise, beide sind spürbar.

Mit dieser Ambivalenz konfrontiert, schwindet bei so manchem Beobachter die Zuversicht in die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union. Andere sehen in ihren Strukturen und Prozessen selbst das Problem und plädieren für Reformen an Haupt und Gliedern. Wiederum andere richten in dieser Situation ihre Blicke auf das „Land in der Mitte“ Europas, auf Deutschland.

Seine Rolle im Verbund der europäischen Staaten wird seit einiger Zeit verstärkt diskutiert. Dass das vereinte Deutschland dabei in Europa eine „besondere Rolle“ spielt, das hat schon der französische Intellektuelle Alfred Grosser Ende der 1990er Jahre formuliert. Während er die „besondere Rolle“ zuvörderst mit dem europaweiten Export der politischen Ethik verband, auf der die Bundesrepublik nach 1945 aufgebaut wurde, sehen andere Auguren Deutschland wegen seiner Lage und Größe in der politischen Pflicht, in und für Europa zu handeln.

Zweifellos: Das vereinigte Deutschland ist „in die Mitte Europas zurückgekehrt“ (Arnulf Baring). Es wurde mitteleuropäischer, ohne seine westeuropäische Prägung zu verlieren. Und: Es steht wieder einmal im „Schnittpunkt“ (Heinrich von Brentano) der politischen Auseinandersetzung in Europa. In der integratorischen Debatte ist es herausgefordert, eine relevante europapolitische Rolle zu spielen.

Schon 1960 hatte es Heinrich von Brentano als zentrales Ziel deutscher Europapolitik bezeichnet, im „Zusammenschluss der europäischen Völker“ nationale Gegensätze auf friedliche Weise auszugleichen. Seine Worte von der „Vielfalt in der Einheit“ nahmen zudem das heutige Europamotto „In Vielfalt geeint“ vorweg. Noch immer reichen die nationalstaatlichen Fundamente im vereinten Europa tief. Der von ihnen ausgehende Pluralismus stabilisiert, wenn auf ihrer Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird. Nationale und regionale Egoismen wird es dabei immer geben, entscheidend ist am Ende deren Ausgleich. Besteht dazu kein Wille, droht Instabilität.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie in einem funktionierenden institutionellen Rahmen austariert werden. Deutschlands Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht, sein

stetiger Wandel zu einem „europäischen Deutschland“ (Thomas Mann) geht nicht zuletzt auch damit einher.

Dabei ergehe ich mich nicht in der Illusion, die alte Furcht vor der unkontrollierbaren Hegemonie eines geeinten Deutschlands sei vor diesem Hintergrund in Mitteleuropa verschwunden. Wiewohl, ich halte sie heute für unbegründet. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte ich solche Bedenken gut nachvollziehen. Welche Rolle würde das größere Deutschland künftig spielen? Die heute engen Partnerschaften und Freundschaften zwischen den mitteleuropäischen Staaten zeigen, dass es eine ebenso versöhnliche wie solidarische Rolle und – ferner – eine stabilisierende Rolle war.

Deutschland ist heute in Europa eine „Macht in der Mitte“. Der Berliner Politologe Herfried Münkler hat diesen Terminus wieder in die politische Diskussion eingeführt und – so glaube ich – klug begründet. Es sei Deutschlands wesentliche Aufgabe, die mühsam gesponnenen europäischen Fäden in den heutigen Zeiten starker Fliehkräfte zusammenzuhalten. Dies setze vor allem viel Verhandlungsgeschick, Disziplin und Geduld, zuweilen aber auch Bestimmtheit voraus.

Mitte heißt in diesem Sinne zugleich Mäßigung im Denken und im Handeln – gegen ein Zuviel und gegen ein Zuwenig. Es geht also um die „richtige Mitte“, um Besonnenheit im Tun, um Augenmaß. Mitte und Mäßigung meinen hingegen nicht Mittelmäßigkeit, erst recht nicht drücken sie Schwäche oder Selbstaufgabe aus. Im Gegenteil: Als Prinzipien sollen sie mit Bestimmtheit angewandt werden.

Deutschland steht für eine solche Europapolitik der Mäßigung durch Dialog. Stabilität und Solidarität sind dabei die Begriffe der Stunde, denn allein kann kein europäischer Staat die gegenwärtigen Probleme bewältigen. Damit Solidarität nicht zur Phrase verkommt und das europäische Gemeinwesen stabil bleiben kann, müssen die Interessengegensätze in praktikierbare Politik verwandelt werden. Für nationalen Egoismus ist da ebenso wenig Platz wie für einen „naiv anmutenden Humanitarismus, der sich von den Realitäten löst“ (Andreas Rödder). Das Machbare, nicht das Wünschbare muss im Vordergrund stehen, wenn Solidarität als ein stabilisierender Regelungsmechanismus in Europa wirken soll.

Daneben sollten wir die heutzutage oftmals geschmähte Souveränität im Sinne einer nationalen oder europäischen Staatshoheit nicht aus den Augen verlieren. Ein Zuwenig wie ein Zuviel an staatlicher Souveränität gefährden Europas Stabilität. Der offene Staat darf im vereinten Europa nicht zum verlorenen oder entgrenzten Staat mutieren.

Verehrte Damen und Herren, vor allem Mitteleuropa darf sich ob der momentanen Fährnisse nicht entzweien. Die von mir im letzten Jahr auf unserer Konferenz in Breslau beschworene „Solidarität der Völker Mitteleuropas“ ist aktuell gefragter denn je. Wir sind aufeinander angewiesen. Freiheit, Frieden, Wohlstand, Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und die Würde des Menschen sind unverrückbare Ziele und Werte, die den europäischen Einigungsprozess von Beginn an gelenkt haben. Sie sind Teil der europäischen Idee, und mit ihr sind sie heute vielfältig herausgefordert. Werden sie geschwächt, dann besteht die Gefahr, dass Europa an Integrationskraft verliert und in seiner Integrität und damit in seiner Stabilität Schaden nimmt. Dies durch eine kluge, maßvolle und verantwortliche Politik zu verhindern, dazu ist nicht nur Deutschland aufgefordert, dazu ist ganz Europa aufgefordert.

Eine wichtige Rolle fällt bei all dem der Europäischen Kommission zu, deren Präsident Jean-Claude Juncker jüngst befand, die Europäische Union sei „in keinem guten Zustand“. Wir alle können daher auf den Impulsvortrag von Dr. Johannes Hahn gespannt sein. Es ist mir eine große Freude, Herr Dr. Hahn, dass Sie in dieser für Sie sicher äußerst geschäftigen Zeit auf unserer Konferenz sprechen. Dr. Johannes Hahn, sollte ihn jemand im Publikum nicht kennen, ist gebürtiger Wiener und seit 2014 Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, nachdem er von 2010 an Kommissar für Regionalpolitik war. Davor wirkte er politisch unter anderem als österreichischer Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Ich bin gespannt auf seine Antworten auf die europäischen Herausforderungen.

Nicht minder interessant sind die nachfolgenden Podiumsdiskussionen. Jene am Vormittag ist überschrieben mit „Was hält Mitteleuropa zusammen? Wirtschaft. Bildung. Infrastruktur.“ Hier geht es um die sogenannten harten Faktoren, besonders um die ökonomische Vernetzung und den Wissensaustausch zwischen den Staaten und Regionen Mitteleuropas. Wir haben hierfür profunde Kenner der Materie gewinnen können. Es moderiert Tomasz Kycia. Er ist freier Journalist und in seiner Profession ebenso wie in seiner Biografie grenzüberschreitend mitteleuropäisch.

Nach der Mittagspause widmet sich unser Podium der Thematik „Was hält Mitteleuropa zusammen? Kultur und Sprache als Quellen der Vielfalt!“ Hier stehen nach meinem Dafürhalten ebenfalls harte Faktoren zur Debatte, hart im Sinne von historisch robust und einflussreich. Mitteleuropa ist ein mannigfaltiger Kultur- und Sprachraum, für den die Diskutanten allesamt ausgewiesene Experten sind. Als Moderator unterstützt uns Gerald Schubert. Der gebürtige Wiener ist ein erwachsener Mitteleuropäer, arbeitete er doch von 2002 bis 2015 in der Deutschen Redaktion von Radio Prag und ist seit jüngster Zeit bei der Tageszeitung „Der Standard“ für das Auslandsressort zuständig. An ihn möchte ich nun das Wort übergeben.

Ich danke Ihnen.